



debatte

Wider die Autokratien

Ein globaler Club der Demokratien aus Politik und Zivilgesellschaften soll Autokratien und antidemokratischen Trends die Stirn bieten

Während die Welt mit dem Coronavirus ringt, gerät die Demokratie unter Druck. Laut dem Forschungsprojekt V-Dem hat sich 2020 eine globale Autokratisierungswelle beschleunigt und das globale Demokratieniveau ist auf das Level von 1990 gesunken. Dieses düstere Bild wird von anderen Studien bestätigt. Die in den USA ansässige Stiftung Freedom House berichtet, dass die globale Freiheit 2020 zum fünfzehnten Mal in Folge abnahm, und der Economist verzeichnete in seinem Demokratie-Index den schlechtesten Zustand seit Beginn der Bewertungen im 2006.

Autoritäre Regierungen machten sich die Pandemie zunutze, um nicht nur die Opposition im eigenen Land zu unterdrücken, sondern sich zunehmend auch jenseits ihrer Grenzen einzumischen. Für eine wirksame Gegenstrategie der bestehenden Demokratien könnte ein gemeinsamer Club entscheidend sein.

Eine wertebasierte Politik ist das Ziel und abgestimmte Sanktionen bei groben Menschenrechtsverletzungen

Als der frühere US-Außenminister Mike Pompeo im vergangenen Jahr eine Allianz der Demokratien ins Spiel brachte, war die Glaubwürdigkeit der Trump-Administration schon lange an einem Tiefpunkt angelangt. Trumps populistische „America First“-Ideologie, seine Missachtung der Demokratie, seine Bewunderung autokratischer Herrscher und zuletzt sein Versuch, das Ergebnis der US-Präsidentenchaftswahlen zu kippen, haben massiven Schaden angerichtet.

Nun aber könnte sich das Blatt wenden. US-Präsident Joe Biden hat versprochen, in seinem ersten Amtsjahr einen globalen „Gipfel für Demokratie“ auszurichten, wo die Weichen gestellt werden könnten. In einer vorläufigen nationalen Sicherheitsstrategie heißt es, dass die Umkehrung des antidemokratischen Trends in der Welt für die nationale Sicherheit der USA wesentlich sei.

Der Außenbeauftragte der Europäischen Union, Josep Borrell, meint, dass die EU ihre Zusammenarbeit „mit anderen Demokratien vertiefen sollte, um dem Aufstieg des Autoritarismus entgegenzuwirken“. Ein neuer EU-Aktionsplan räumt der Demokratieförderung hohe Priorität ein.

Großbritannien will die Mitgliedschaft der Gruppe der Sieben (G7), bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA, um Australien, Indien und Südkorea erweitern, um einen sogenannten „Dio“-Club der Demokratien zu bilden. Dabei ist nicht ersichtlich, warum es bei diesen zehn Ländern bleiben sollte.

In der Bewertung von V-Dem ist auch Indien in die Kategorie einer Wahlaulokratie gerutscht, und bei Freedom House wird das Land nur noch als „teilweise frei“ angesehen. Sogar Frankreich, Italien und die USA werden im Economist-Index als „mangelhafte Demokratien“ eingestuft. Der Club

sollte für alle Staaten offen sein, die ähnlich oder besser bewertet werden. Eine rote Linie darf nur in Bezug auf solche Länder gezogen werden, die eindeutig autoritär regiert werden.

Die G7 ist aber auch wegen eines Mangels an Legitimität und Transparenz heftig in die Kritik geraten und deshalb kein guter Ausgangspunkt. Zudem fehlen ein ständiges Sekretariat und eine formale Struktur. Stattdessen könnte die seit 2000 bestehende Gemeinschaft der Demokratien aufgewertet werden. Mit Ausnahme von Australien, Deutschland und Frankreich gehören alle „Dio“-Länder bereits zu ihren 29 Mitgliedstaaten. Es leuchtet nicht unmittelbar ein, warum parallel eine weitere Gruppierung gebildet werden sollte.

Der Blick muss sich auch selbstkritisch nach innen richten. Wie Biden feststellte, ist die Erneuerung der Demokratie im eigenen Land eine Voraussetzung dafür, um in der internationalen Demokratieförderung wieder mehr Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Umfragen zeigen, dass große Mehrheiten weiterhin an die Demokratie glauben. Trotzdem besteht große Unzufriedenheit darüber, wie sie in der Praxis funktioniert. Die Regierungen werden als unfähig wahrgenommen, Probleme wie Korruption oder Ungleichheit anzugehen und die Bedürfnisse der einfachen Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Stürmung des US-Kapitols durch einen rechtsgerichteten Mob am 6. Januar veranlasste Außenminister Heiko Maas, einen „gemeinsamen Marshallplan für die Demokratie“ zu fordern. Es sei notwendig, „den Wurzeln der sozialen Spaltung in unseren Ländern auf den Grund zu gehen“. Die Frage, wie die Demokratie nach innen und außen verteidigt und gestärkt werden soll, kann nicht den Regierungen allein überlassen werden. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Biden will zu dem Demokratie-Gipfel auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft einladen. Ein Club der Demokratien sollte weitergehen und ein beratendes offenes Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen unterhalten. Darüber hinaus ist es wichtig, demokratisch gewählte Parlamentarier einzubeziehen. Der Club sollte daher auch ein globales Netzwerk von Abgeordneten aus demokratischen Parteien organisieren, das zudem demokratischen Oppositionellen aus autoritär regierten Staaten offensteht.

Schließlich könnte der Club auch eine transnationale Bürgerversammlung einberufen, um Empfehlungen zu erarbeiten. Auf nationaler Ebene gibt es gute Beispiele für dieses Format. Nach außen sollte der Club nicht nur die Demokratieförderung koordinieren, sondern für eine gemeinsame wertebasierte Politik sorgen, einschließlich abgestimmter Sanktionen bei groben Menschenrechtsverletzungen.

Ganz besonders müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um den Einfluss autokratischer Staaten innerhalb der Vereinten Nationen zurückzudrängen. Der Club der Demokratien kann nur glaubwürdig sein, wenn er sich auch für mehr Demokratie in globalen Institutionen einsetzt. Die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den UN und das Instrument einer Weltbürgerinitiative bieten dafür Möglichkeiten.



Andreas Bummel ist Mitgründer und Geschäftsführer von Democracy Without Borders. Er ist globaler Koordinator der Kampagne für eine Parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen, die er seit 2007 mit aufgebaut hat. Seit 2019 unterstützt er den Start einer Kampagne für eine UN-Weltbürgerinitiative.

Christian Rath über das geplante Notbremse-Gesetz

Gesetzliche Regelungen ab 100

st die geplante Bundes-Notbremse für Städte und Kreise mit hoher Coronabelastung ambitioniert genug? Oder greifen Ausgangssperre und Shutdown zu sehr in die Grundrechte ein? Darüber kann und sollte man wie immer diskutieren.

Wer aber behauptet, hier werde der Föderalismus abgeschafft oder sogar eine Merkel-Diktatur errichtet, ist nicht ernst zu nehmen.

Bisher fassten die regelmäßigen Bund-Länder-Runden unverbindliche Beschlüsse, die von den Landesregierungen mehr oder weniger konsequent umgesetzt wurden. Bei der nun geplanten Notbremse ist all das nicht mehr erforderlich. Sobald ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt einen Inzidenzwert über 100 aufweist, sollen gesetzliche festgelegte Regeln gelten.

Die Zentralisierung betrifft damit aber nur einen Teil der Pandemiebekämpfung. Ein Landkreis oder ein Bundesland kann weiter lockern, sofern die Zahlen vor Ort unter der Inzidenz von 100 bleiben. Nur bei höheren Inzidenzwerten soll die neue Bundesregelung eingreifen. Wenn aber

die Indidenzzahl über 100 liegt, dann ist eine Lockerung vermutlich ohnehin keine gute Idee. Manches Bundesland dürfte dann vielleicht sogar froh sein, wenn es die nächsten harten Einschnitte nicht selbst anordnen muss, sondern sich hinter einem Bundesgesetz verstecken kann.

Ganz sicher entsteht so aber keine Diktatur. Wenn der Bundestag ein Gesetz mit Maßnahmen selbst beschließt, ist dies sogar demokratischer, als wenn er deren Auswahl den Landesregierungen und deren Verordnungen überlässt.

Zwar steht den BürgerInnen gegen Maßnahmen, die im Gesetz stehen, nur noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen. Das heißt aber auch: Vor dem Gang nach Karlsruhe muss nicht erst der Rechtsweg durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit absolviert werden. Das dürfte die Mehrheit der Deutschen wohl kaum erschrecken. Manche werden es womöglich als Vorteil ansehen, wenn das Bundesverfassungsgericht sich schneller und häufiger um Coronafragen kümmern muss.

inland 7

Ralf Pauli über die Pandemiepolitik bei den Schulen

Verheerend

Es ist eine Farce, was jetzt nach Ostern an den Schulen passiert.

Nicht weil sich nicht alle Beteiligten Mühe gäben, die Gefahren der Pandemie mit dem Recht auf Bildung auszutarieren. Sondern wegen der Unfähigkeit, verbindliche Regeln aufzustellen. So haben zwar mittlerweile die meisten Bildungsminister:innen verstanden, dass einem Teil der Schüler:innen ein freiwilliges Testangebot offensichtlich herzlich egal ist und längst nicht alle Lehrkräfte mit gutem Beispiel vorangehen. Warum sich aber immer noch vier Bundesländer vor der Testpflicht an Schulen herumdücken, ist schwer verständlich.

So entsteht der Eindruck, die Länder zögern aus falscher Rücksichtnahme das Unausweichliche hinaus. Wie schon bei der Maskenpflicht oder dem Wechselunterricht. Ins Bild passt, dass manche Länder immer noch nicht genügend Schnelltests besorgt haben. Noch verheerender als die vereinzelt Zaghaftigkeit ist das kollektive Versagen bei der Notbremse. Selbst als klar war, dass der Bund dem Treiben in den Ländern nicht länger tatenlos zusehen

würde, konnten sich die Bildungsminister:innen auf keine einheitlichen Regeln einigen. Die Folge: Der Bund will den Ländern vorschreiben, Schulen ab einer Inzidenz von 200 zu schließen. Klingt tough, ist es aber nicht: Eigentlich waren sich Bund und Länder darin einig, ab einer 100er-Inzidenz die Notbremse zu ziehen. Aktuell schicken aber nur wenige Länder die Klassen dann auch in den Distanzunterricht. Woanders haben die Ministerien Bürgermeister:innen präventive Schulschließungen sogar verboten – und die Regeln für den Schulbetrieb nach Ostern gleich weiter gelockert. Die neue Testpflicht wird's schon richten!

Gut möglich, dass sich die Politik verneinnet. Denn die nicht sehr präzisen Laientests können Jugendliche in falsche Sicherheit wiegen und das Infektionsgeschehen beschleunigen. Einig sind sich die Bildungsminister:innen nur, dass die Abiturprüfungen stattfinden – und dass der Bund sich am besten nicht einmischen soll. Selbst wenn er die Notbremse zieht, die die Länder glauben hinauszögern zu können.

das thema 3

Sabine am Orde über den Parteitag der AfD

Temporärer Burgfrieden

Es ist ein klassischer Burgfrieden.

Die AfD schafft es, ihren Bundesparteitag ohne einen neuen Eklat im Kampf um die Macht über die Bühne zu bringen. Zumindest war dies bis zum Redaktionsschluss der Fall. Die Entscheidung über die Spitzenkandidat:innen wurde vertagt, und der Antrag zur Abwahl von Parteichef Jörg Meuthen hat es gar nicht erst auf die Tagesordnung geschafft, obwohl viele ihn lieber heute als morgen los wären.

Doch alle Seiten waren bemüht, die tiefe Spaltung der Partei, die sich von der Spitze bis zur Basis zieht, zumindest ein wenig zu überbrücken. Interner Streit, das weiß man auch in der AfD, goutieren die Wähler:innen nicht.

Aufgeschoben ist indes nicht aufgehoben. Schon beim Kampf um die Spitzenkandidat:innen, die bis Ende Mai feststehen sollen, könnte der Streit wieder hochkochen. Spätestens aber nach der Bundestagswahl, wenn die Partei Ende des Jahres über den neuen Vorstand entscheidet, wird der Burgfrieden zwischen denen, die sich in der AfD für gemäßigt halten, und den Anhänger:innen des Flügels, ein Ende

haben. Klar ist ohnehin: Die AfD ist auch auf diesem Parteitag wieder etwas radikaler geworden. Häufig für Treiben der völkischen Nationalisten um den Thüringer Björn Höcke hat sie ihr Wahlprogramm nachgeschärft. Der „Dexit“ ist dort nun zu finden, also die Forderung nach dem Austritt Deutschlands aus der EU. Der Familiennachzug für Geflüchtete soll abgeschafft werden.

Auch die verabschiedete Coronaresolution spricht eine radikale Sprache. Eingebbracht hat sie Karsten Hilde, der Mann mit dem Querdenker-T-Shirt im Bundestag und dem Nahkampf mit der Polizei auf der Demo in Berlin; Rechts-extremist Höcke hat sich für sie stark gemacht. Veröffentlichte Infektionszahlen sollen demnach nicht mehr ausschließlich auf Labordiagnostik beruhen, Tests nirgendwo verpflichtend sein und der Lockdown soll sofort beendet werden.

Die AfD hat damit neue Alleinstellungsmerkmale in der deutschen Politik. Neue Anhänger:innen in der Mitte aber dürfte sie damit kaum gewinnen.

inland 6